Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/1446

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

96. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 22. Februar 1967

97. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Freitag, dem 24. Februar 1967

I. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

I. 1. Abgeordnete **Frau Dr. Diemer-Nicolaus**

Ist sich die Bundesregierung bei ihrer Einflußnahme auf das Land Baden-Württemberg wegen des neuen, angeblich nicht mit dem Reichskonkordat vom Jahre 1933 übereinstimmenden, Schulgesetzes darüber klar, daß das Land Baden-Württemberg, wie das Bundesverfassungsgericht verbindlich festgestellt hat, durch das Reichskonkordat nicht gebunden ist?

I. 2. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Welche neuen Vereinbarungen konnten bei der Besprechung zwischen Ministerialdirektor Werz und dem Leiter der Kulturabteilung im französischen Außenministerium bei ihrer Besprechung am 20. Januar 1967 über den Status der Goethe-Institute in Frankreich erzielt werden?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung

II. 1. Abgeordneter **Dröscher**

Trifft es zu, daß, obwohl der Weltmarktpreis für Uran in den letzten Jahren fast um 100 Prozent gestiegen ist, die einzige Uranverarbeitungsanlage im Bundesgebiet ihre Produktion um ca. 25 Prozent einschränken muß?

II. 2. Abgeordneter **Genscher**

Wird sich die Bundesregierung mit dem Ziel, für die deutsche Wissenschaft und Forschung die friedliche Nutzung der Kernenergie auch für die Zeit nach Abschluß eines Atomsperrvertrages sicherzustellen, um eine gemeinsame Initiative der Mitgliedstaaten von EURATOM bemühen?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

III. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

III. 1. Abgeordneter **Müller (Mülheim)**

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß § 11 Abs. 1 der Luftverkehrs-Ordnung vom 10. August 1963 eine ausreichende Handhabe dafür bietet, beim Besuch ausländischer Staatsoberhäupter globale Flugbeschränkungen anzuordnen, die über den Landeflughafen hinaus gelten?

III. 2. Abgeordneter **Müller (Mülheim)**

Läßt das geltende Recht ausdrücklich Ausnahmeregelungen an der in Frage III/1 erwähnten Vorschrift zu?

III. 3. Abgeordneter **Müller (Mülheim)**

Ist die Bundesregierung bereit, dafür zu sorgen, daß künftig notwendig werdende Flugbeschränkungen, die den Flughafen Düsseldorf-Lohausen betreffen, nicht zum Erliegen des Flugverkehrs auf dem Flughafen Essen-Mülheim führen?

III. 4. Abgeordneter **Welslau**

Hält die Bundesregierung es mit unserer Rechtsprechung für vereinbar, daß Verwaltungsbeamte des zuständigen Straßenverkehrsamtes darüber entscheiden, daß die Wiedererteilung der Fahrerlaubnis von einer medizinisch-psychologischen Eignungsuntersuchung abhängig gemacht wird, obwohl dem Betroffenen auf Grund eines richterlichen Urteils die Fahrerlaubnis nur für einen bestimmten Zeitraum ohne Einschränkung entzogen wurde?

III. 5. Abgeordneter **Welslau**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß dem zuständigen Institut vor Erstellung eines medizinisch-psychologischen Eignungsgutachtens Einsicht in die Urteilsbegründung gewährt werden muß?

III. 6. Abgeordneter **Kühn (Hildesheim)**

Ist es der Bundesregierung bekannt, daß der Bahnhof Hildesheim hinsichtlich seines Neubaues seit Jahren vernachlässigt wird?

III. 7. Abgeordneter **Kühn (Hildesheim)**

Ist es der Bundesregierung bekannt, daß infolge des in Frage III/6 aufgezeigten Sachverhalts durch die eingetretenen baulichen Unzulänglichkeiten insbesondere die älteren Verkehrsteilnehmer ernsthafter Gefährdung ausgesetzt sein können?

III. 8. Abgeordneter **Kühn (Hildesheim)**

Ist die Bundesregierung bereit, bei der Bundeshauptverwaltung verstärkt dahin zu wirken, daß seitens der Deutschen Bundesbahn die seit langem abgesprochenen Voraussetzungen für den Ausbau des Kennedydammes in Hildesheim geschaffen werden?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

III. 9. Abgeordneter **Dr. Hudak**

Wann kann mit dem Bau der seit Jahren geplanten Autobahnausfahrt Schnaittach auf der Strecke Nürnberg—Bayreuth gerechnet werden?

III. 10. Abgeordneter **Dr. Bucher**

Trifft es zu, daß die ovalen Zollkennzeichen für Kraftfahrzeuge ein Jahr lang Gültigkeit haben, aber dabei nur für vier Wochen Kraftfahrzeugsteuer und Versicherungsprämie bezahlt werden muß?

III. 11. Abgeordneter **Dr. Bucher**

Ist es richtig, daß infolge des in Frage III/10 geschilderten Sachverhalts zahlreiche Kraftfahrzeuge mit ovalen Zollkennzeichen im Verkehr sind, ohne versichert oder versteuert zu sein?

III. 12. Abgeordneter **Fritsch (Deggendorf)**

Ist in absehbarer Zeit mit der Elektrifizierung der Bundesbahnstrecke Plattling—Landshut zu rechnen?

III. 13. Abgeordneter **Josten**

Wie weit sind die Verhandlungen zur Erreichung einer einheitlichen Straßenverkehrs-Ordnung in Europa gediehen?

III. 14. Abgeordneter **Berberich**

Hält die Bundesregierung den baldigen Weiterbau der Bundesautobahn Weinsberg—Tauberbischofsheim—Würzburg mit Mitteln des Eventualhaushaltes für gerechtfertigt, nachdem die berührten Gebiete im Förderprogramm des Landes Baden-Württemberg liegen?

III. 15. Abgeordneter **Berberich**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß im Bereich des Arbeitsamtes Tauberbischofsheim die Zahl der Arbeitslosen (Bau- und Bauhilfsarbeiter) besonders hoch ist und damit die Voraussetzungen für den Einsatz der Mittel des Eventualhaushaltes gegeben sind?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt. (zu III. 14 und III. 15)

III. 16. Abgeordneter **Brück (Holz)**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Verhandlungen der Internationalen Kommission zum Schutze der Saar gegen Verunreinigungen endlich erfolgreich abzuschliessen?

III. 17. Abgeordneter **Richter**

Welchen Einfluß kann das Bundesverkehrsministerium nehmen, um in den Landkreisen Tauberbischofsheim und Buchen die im Vorfeld des künftigen Autobahnbaues notwendigen Zubringerstraßen beschleunigt ausbauen zu lassen?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

III. 18. Abgeordneter **Richter**

Ist die Bundesregierung bereit, mit der Landesregierung in Baden-Württemberg zu verhandeln, daß noch 1967 mit dem Bau der 600 m langen Brücke über das Taubertal bei Tauberbischofsheim und dem Bau des Rötensteinviaduktes bei Grünsfeld begonnen werden kann, nachdem im Verhältnis zu anderen Wirtschaftszweigen die Bauwirtschaft in einigen nordbadischen Gebieten überdimensioniert ist und der Rückgang der öffentlichen Aufträge zu ernsthaften Krisenerscheinungen geführt hat?

III. 19. Abgeordneter **Richter**

Kann die Bundesregierung zusichern, daß spätestens 1968 mit der Verlegung der Bundesstraßen 27, 37 und 292 begonnen wird und daß das notwendige Planfeststellungsverfahren in den nächsten Monaten durchgeführt wird?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

III. 20. Abgeordneter **Dr. Schulze-Vorberg**

Wie erklären sich, nach Kenntnis der Bundesregierung, die erneuten Verzögerungen bei der Fertigstellung der neuen Mainbrücke in Schweinfurt, durch die frühere Zusicherungen aus dem Bundesverkehrsministerium überholt sind?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

III. 21. Abgeordneter **Biechele**

Wie ist der gegenwärtige Stand der Beratungen über die neue Internationale Schiffahrts- und Hafenordnung für den Bodensee?

III. 22. Abgeordneter **Strohmayr**

Wie beurteilt die Bundesregierung den auf dem 5. Deutschen Verkehrsgerichtstag gemachten Vorschlag, einen Motorbootführerschein und die amtliche Bootskennzeichnungspflicht auch für die Binnenwasserstraßen einzuführen, wie dies für die Seewasserstraßen in diesem Jahre Pflicht wird?

III. 23. Abgeordneter **Strohmayr**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die in Frage III/22 erwähnte Kennzeichnung der Motorboote den Abschluß einer Haftpflichtversicherung in sich schließen sollte?

III. 24. Abgeordneter **Moersch**

Hält es die Bundesregierung für geboten, deutsche Reisevermittler und Touristikunternehmen zu veranlassen, daß Schiffsreisen nur für solche Schiffe vermittelt werden, die ausreichend versichert sind und den internationalen Sicherheitsnormen entsprechen?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

IV. 1. Abgeordneter **Geldner**

Trifft es zu, daß die Deutsche Bundespost im süddeutschen Raum (München, Würzburg) dazu übergehen will, sogenannte Vorortnetze im Telefonverkehr einzurichten?

IV. 2.	Abgeordneter **Kubitza**	Wie steht die Bundesregierung zu den Plänen, bei Einführung des Farbfernsehens die Fernsehgebühren spürbar zu erhöhen?
IV. 3.	Abgeordneter **Kubitza**	Wird die Bundesregierung die Möglichkeit in Erwägung ziehen, daß bei unvermeidlicher Gebührenerhöhung diejenigen Fernsehteilnehmer, die am Farbfernsehen nicht interessiert oder technisch zu seinem Empfang nicht in der Lage sind, nach wie vor bei den bisherigen Gebühren bleiben können?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen und Städtebau

V. 1.	Abgeordneter **Fritsch (Deggendorf)**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß in Bayern im Jahre 1966 9200 Anträgen auf Gewährung eines öffentlichen Baudarlehens im Gesamtbetrage von 500 Millionen DM, davon 250 Millionen DM für eigentumsbildende Maßnahmen und 100 Millionen DM für kinderreiche Familien, wegen mangelnder Mittel nicht mehr entsprochen werden konnte?
V. 2.	Abgeordneter **Fritsch (Deggendorf)**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß die in Frage V/1 erwähnte Situation die Wohnungsmarktlage verschärft und Abwanderungstendenzen, insbesondere der Facharbeiter, in den Grenzgebieten verstärkt wurden?
V. 3.	Abgeordneter **Rollmann**	Wie steht es heute um die Versorgung kinderreicher Familien mit familiengerechten Wohnungen?
V. 4.	Abgeordneter **Rollmann**	Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um die Versorgung kinderreicher Familien mit ausreichendem Wohnraum sicherzustellen?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

VI. 1.	Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)**	Ist die Bundesregierung bereit, dem Stamm erfahrener Experten, der in Entwicklungsländern tätig ist und der die Qualifikation für dauerhafte Verwendung im Rahmen dieser Aufträge bewiesen hat, nach Rückkehr die Sicherung eines angemessenen Arbeitsplatzes zu garantieren?
VI. 2.	Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)**	Ist die Bundesregierung bereit, eine langfristige Personal-Planung für Experten der Technischen Hilfe vorzunehmen?

VI.	3. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)**	Ist die Bundesregierung bereit, den in Frage VI/1 erwähnten Expertenkreis der Technischen Hilfe in seinen Rechten gleichzustellen mit den für das Auswärtige Amt im Ausland tätigen Angestellten des öffentlichen Dienstes?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

VII.	1. Abgeordneter **Hübner**	Ist den Sozialpartnern im öffentlichen Dienst eine aktive Rolle innerhalb der „konzertierten Aktion" zugedacht?
VII.	2. Abgeordneter **Jung**	Trifft die Äußerung des Düsseldorfer Kripo-Chefs Dr. Wehner („Stern" vom 19. Februar 1967) zu, daß es beim Bundeskriminalamt kaum einen Beamten gibt, „der in den letzten 15 Jahren einen Tatort gesehen oder einen Beschuldigten vernommen hat"?
VII.	3. Abgeordneter **Jung**	Warum finden die Besprechungen der Leiter der Landeskriminalämter mit den Vertretern des Bundeskriminalamtes nur noch zweimal im Jahr statt?
VII.	4. Abgeordneter **Jung**	Was hat die Bundesregierung unternommen bzw. was beabsichtigt sie zu tun, um durch eine möglichst zentrale Führung die Arbeit der Kriminalbehörden zu vereinheitlichen und den bei der Verbrecherbekämpfung hinderlichen Kompetenzwirrwarr zu überwinden?
VII.	5. Abgeordneter **Schultz (Gau-Bischofsheim)**	Auf welche Weise beabsichtigt die Bundesregierung klarzustellen, daß die Behauptungen in dem 1954 erschienenen Buch von W. F. Flicke „Agenten funken nach Moskau", der Berlinbeauftragte des Bundeskanzlers, Bundesminister a. D. Ernst Lemmer, sei im zweiten Weltkrieg unter dem Decknamen „Agnes" in der Informantenliste des sowjetischen Geheimdienstes geführt worden, unrichtig ist?
VII.	6. Abgeordneter **Schultz (Gau-Bischofsheim)**	Was hat die Bundesregierung im Jahre 1956, bei dem Eintritt Bundesministers a. D. Ernst Lemmer in die Bundesregierung, gegen den Verfasser und den Verleger des in Frage VII/5 erwähnten Buches unternommen, um diesen Vorwürfen wirksam entgegentreten zu können?
VII.	7. Abgeordneter **Hübner**	Wie kann sich der Bürger der Bundesrepublik Deutschland dagegen zur Wehr setzen, daß seine durch die Deutsche Bundespost eingezogenen Rundfunkgebühren dazu beitragen, daß Wolfgang Ross im Bayerischen Rundfunkrat auf der Grundlage des Manifestes seiner Partei politisch rechtsextreme Tendenzen verwirklichen kann?

VII. 8. **Abgeordneter Westphal**

Wie weit sind die Vorarbeiten der Bundesregierung zur Feststellung und Vergabe eines einheitlichen Personenkennzeichens fortgeschritten, das auch — zur Vereinfachung der Verwaltung — von Anlagen der elektronischen Datenverarbeitung verwendet werden kann?

VII. 9. **Abgeordneter Westphal**

Welche Kriterien wird die Bundesregierung ihrer Entscheidung über die Art und Zusammensetzung des Personenkennzeichens und über die für die Verteilung zuständigen Behörden zugrundelegen?

VII. 10. Abgeordneter **Opitz**

Wieviel Gutachten, Berichte, Übersichten, Erhebungen und dergleichen sind dem Deutschen Bundestag oder der Bundesregierung in regelmäßigen Abständen vorzulegen?

VII. 11. Abgeordneter **Opitz**

Auf welche der in der Frage VII/10 genannten Berichte könnte nach Ansicht der Bundesregierung verzichtet werden?

VII. 12. Abgeordneter **Opitz**

Ist die Bundesregierung bereit, dem Bundestag eine Vorlage über die Berichte zu machen, auf die nach Ansicht der Bundesregierung verzichtet werden kann?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

VIII. 1. Abgeordnete **Frau Funcke**

Welche Auffassung vertritt die Bundesregierung in der Frage, ob der Arbeitnehmerfreibetrag gemäß § 19 Abs. 2 Einkommensteuergesetz in Höhe von 240 DM der Lohnsummensteuer unterliegt?

VIII. 2. Abgeordneter **Dr. Emde**

Seit wann ist der Bundesregierung bekannt, daß in der Ludwig-Uhland-Straße in Brühl 22 ehemals von belgischen Soldaten und ihren Familien bewohnte Reiheneigenheime mit Garagen leerstehen, die Eigentum der Bundesfinanzverwaltung sind?

VIII. 3. Abgeordneter **Dr. Emde**

Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Schaden, der durch die mangelhafte Instandhaltung der in Frage VIII/2 erwähnten Eigenheime — angeblich infolge von Meinungsverschiedenheiten zwischen der Finanzverwaltung und dem Bundesverteidigungsministerium — entstanden ist?

VIII. 4. Abgeordneter **Dr. Emde**

Ist die Bundesregierung bereit, nachdem sie offenbar selbst keinen akuten Wohnungsbedarf in Brühl hat, die in Frage VIII/2 erwähnten Häuser der Stadt Brühl oder dortigen Wohnungssuchenden abzutreten, von denen es allein in dieser Stadt noch 600 bis 700 mit Dringlichkeitsstufe 1 gibt?

VIII. 5. Abgeordneter **Dr. Effertz**

Welche Wirtschaftsbereiche meinte der Bundesschatzminister, als er anläßlich der Eröffnung des Wirtschaftstages 1967 der CDU/CSU (nach einer Meldung in der „Welt" vom 27. Januar 1967) die Forderung aufstellte: „Es sollte bei der angestrengten Belebung der Konjunktur nicht ein Pfennig zur Erhaltung überholter Strukturen ausgegeben werden."?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

IX. 1. Abgeordneter **Rehs**

Ist die Bundesregierung bereit, dafür zu sorgen, daß auf der diesjährigen Weltausstellung in Montreal (Kanada) auch die deutschen kulturellen Leistungen in den polnisch verwalteten deutschen Gebieten jenseits von Oder und Neiße herausgestellt werden?

IX. 2. Abgeordneter **Rehs**

Besteht die Absicht, auf der Weltausstellung in Montreal (Kanada) auf das Lebenswerk des 1473 in Thorn geborenen deutschen Astronomen Nikolaus Kopernikus hinzuweisen, um so das frühere friedliche Zusammenleben von Deutschen und Polen auch östlich der Staatsgrenzen von 1937 zu verdeutlichen und irreführende Darstellungen zu berichtigen?

IX. 3. Abgeordneter **Dr. Schulze-Vorberg**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um die Standortnachteile für die Wirtschaft im fränkischen Zonenrandgebiet, die sich mit der Errichtung der Ölraffinerien noch verstärkt haben, zu mildern?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.

X. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

X. 1. Abgeordneter **Dr. Tamblé**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der dänische Fischereiminister in Kopenhagen angekündigt hat, Dänemark werde die seit langem geplante Erweiterung der Fischereigrenze von drei auf zwölf Seemeilen spätestens zum 1. Juli 1967 in Kraft setzen?

X. 2. Abgeordneter **Dr. Tamblé**

Welche Ergebnisse hatten die seitherigen Konsultationen zwischen der deutschen und der dänischen Regierung hinsichtlich der erweiterten Fischereigrenze?

X. 3. Abgeordneter **Dr. Tamblé**

Können die Krabbenfischer an der Westküste Schleswig-Holsteins damit rechnen, daß Dänemark für die Hauptfangplätze in den Grenzgewässern vor List und Sylt längerfristige Übergangsregelungen zugestehen wird?

Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt. (X. 1.–3.)

X. 4. Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die vermutlich aus Südfrankreich eingeschleppte sogenannte Schwarzfleckkrankheit sich immer weiter ausbreitet und vor allem die Riesling-Silvaner-Reben bedroht?

X. 5. Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**

Was kann gegen die Ausbreitung der Schwarzfleckkrankheit unternommen werden?

X. 6. Abgeordneter **Kubitza**

Teilt die Bundesregierung die Befürchtung, daß die zunehmende „Mühlenöde" infolge der Stillegung kleinerer und mittlerer Betriebe im nordbayerischen und hessischen Raum sich in schwierigen Lagen negativ für die Mehlversorgung der Bevölkerung auswirken könnte?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

XI. 1. Abgeordneter **Geiger**

Hat die Bundesregierung die Absicht, im Hinblick auf die von der Konferenz der Arbeitsminister der Länder gegebene dringende Empfehlung, beschleunigt und unabhängig von Reformplänen, eine Änderung des Finanzierungssystems der Rentnerkrankenversicherung vorzuschlagen, damit die Krankenkassen die 11 v. H.-Grenze einhalten können?

XI. 2. Abgeordneter **Brück (Holz)**

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß auch Deutsche, die im französischen Bergbau beschäftigt waren oder noch sind, Anspruch auf Knappschaftsausgleichsleistungen nach § 98 a des Reichsknappschaftsgesetzes haben?

XI. 3. Abgeordneter **Moersch**

Ist die Bundesregierung bereit, die neuerdings auch von den Professoren Blanckertz, Claessens und Edding empfohlene Errichtung eines zentralen Forschungsinstituts für Berufsbildung vorzunehmen?

XII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

XII. 1. Abgeordneter **Cramer**

Stimmt es und hält die Bundesregierung es für zweckmäßig, daß die Bundeswehrverwaltung einen Vertrag mit der Stadt Varel wegen einer Kläranlage in 15- (fünfzehn) facher Ausfertigung abschließen mußte und der Landkreis Friesland die Unterschriften des Bürgermeisters und des Stadtdirektors beglaubigen mußte?

XII.	2. Abgeordneter **Cramer**	Stimmt es und hält die Bundesregierung es für zweckmäßig, daß eine Bundeswehreinheit in Varel 10 Schachteln Reißzwecken kaufen wollte und der aufgeforderte Einzelhändler dazu ein Angebot in Höhe von 1,50 DM in vierfacher Ausfertigung einreichen mußte?	
XII.	3. Abgeordneter **Cramer**	Stimmt es und hält die Bundesregierung es für zweckmäßig, daß Lieferwerke bei Bundeswehraufträgen die Abrechnungen in 24- (vierundzwanzig)facher Ausführung den zuständigen Stellen vorlegen müssen?	
XII.	**4. Abgeordneter Dr. Hammans**	Ist es richtig, daß das Bundesverteidigungsministerium Bauten der Landesverteidigung (hier: Truppenunterkünfte in Grefrath, Landkreis Kempen-Krefeld) so einrichtet, daß eine mögliche und zumutbare Rücksichtnahme auf die Raumordnung und Landesplanung Nordrhein-Westfalens außer Acht gelassen wird?	
XII.	5. Abgeordneter **Dr. Hammans**	Ist es zu verantworten, daß entgegen den gesetzlich verankerten Zielen eine Reinerhaltung der Luft und des Schutzes der Erholungsgebiete unter Hinwegsetzung über eine diesbezügliche im Landbeschaffungsverfahren ausdrücklich gegebene Empfehlung ausgerechnet ein Naherholungsgebiet, das unter erheblichem Finanzaufwand des Bundes, des Landes Nordrhein-Westfalen und der Gemeinde Grefrath im Vorfeld der Ballungszentren von Rhein und Ruhr in jüngster Zeit geschaffen worden ist, zerstört wird, indem eine Beheizung der Truppenunterkünfte mit Öl vorgesehen wird, während eine Verwendung von Erdgas das hier betroffene Naherholungszentrum nicht beeinträchtigen und zudem den gestellten Anforderungen genügen würde?	
XII.	**6. Abgeordneter Dr. Hammans**	Ist der Bundesverteidigungsminister nicht der Ansicht, daß im Rahmen des NATO-Vertrages die einzelnen Partner und hier auch das Königreich Belgien gehalten sind, auf die ausdrücklich anerkannten schutzwürdigen Belange des jeweiligen Gastlandes und dessen Bevölkerung Rücksicht zu nehmen und damit die Heizungsplanung einer Truppenunterkunft an die mit beträchtlichen finanziellen Opfern verwirklichte Landesplanung Nordrhein-Westfalens anzupassen?	
XII.	7. Abgeordneter **Dr. Rinsche**	Ist eine Umwandlung des Sanitätswesens der Bundeswehr im Rahmen des Strukturwandels nach dem Leitbild des Medical Service Corps geplant?	*Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*
XII.	8. Abgeordneter **Dr. Rinsche**	Wie viele Sanitätsoffiziere sind z. Z. aktiv in der Truppe?	

XII. 9.	Abgeordneter **Dr. Rinsche**	Wie viele zivile Ärzte sind zur Zeit unter Vertrag, um Truppenarztfehlstellen zu füllen?	*Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*
XII. 10.	Abgeordneter **Felder**	Ist das Bundesverteidigungsministerium bereit, die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Ansbach, die einem 24-jährigen Studenten die Befreiung vom Wehrdienst nach § 11 Abs. 2 des Wehrpflichtgesetzes mit dem Hinweis versagte, es handele sich um ein uneheliches Kind, durch eine Ausnahmeverfügung zu korrigieren, die der besonderen Tragik des Falles Rechnung trägt und außerdem Artikel 6 Abs. 5 des Grundgesetzes berücksichtigt?	
XII. 11.	Abgeordneter **Felder**	Teilt der Bundesverteidigungsminister die Erklärung seines Vorgängers, „die Grundsätze der Inneren Führung seien für die Bundeswehr als Befehl aufzufassen"?	
XII. 12.	Abgeordneter **Felder**	Bei Bejahung der Frage XII/11, welche Folgerungen ergeben sich dann für diejenigen Soldaten, die als Angehörige der NPD die Innere Führung grundsätzlich ablehnen oder gar verächtlich zu machen suchen?	
XII. 13.	Abgeordneter **Collet**	Wie hoch sind die voraussichtlichen Kosten für ein von der Bundeswehr in Zweibrücken geplantes Stadion, für das bereits Ausschreibungen vorgenommen wurden?	
XII. 14.	Abgeordneter **Collet**	Weiß die Bundesregierung, daß die Stadt Zweibrücken etwa 80 bis 120 Meter von der von der Bundeswehr für den Stadionbau vorgesehenen Stelle auf ebenem stadteigenem Gelände ebenfalls ein Stadion mit Nebenplätzen plant?	
XII. 15.	Abgeordneter **Collet**	Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, durch Verhandlungen mit der Stadt Zweibrükken zum Zwecke der Kostenersparnis, beide in Frage XII/14 erwähnte Vorhaben miteinander zu verbinden, um damit zum Teil auch dem Anliegen des Deutschen Bundestages Rechnung zu tragen, wie es in dem Beschluß auf Bundestagsdrucksache V/1213 zum Ausdruck kam?	
XII. 16.	Abgeordneter **Schultz (Gau-Bischofsheim)**	Was hat das Bundesverteidigungsministerium veranlaßt, um die katastrophalen sanitären Verhältnisse — zu wenig Toiletten für die Zivilbediensteten mit noch dazu unzulänglicher Wasserversorgung — in den Lagerhallen des Nachschubbataillons 310 in Diez (Lahn), Freiherr vom Stein Kaserne, zu verbessern?	

Bonn, den 17. Februar 1967